„Golden Ticket“ - oder das Kreuz Ass? Nennt es wie Ihr wollt, ich sage erneut - „Hallo Karlsruhe lass uns das mal etwas...

Berlin, 25.02.2026 - 15:47 Uhr · https://sentinel-portal.com/beitrag/berlin_jetzt_kommt_die_ordnungsschelle

Vorab als deutliche Warnung, dieser Beitrag ist nicht für Schwache Beamten-Nerven und man sollte sich wenigstens an der Tischkante so lange festhalten um ein zusammenbrechen zu verhindern!



Ihr kennt es von mir und wisst wie ich das so sehe, Aktenzeichen ist eine feine Sache um einen Nachtrag zu machen, richtig?

Mein Kreuz Ass ist ein kleines nettes Schreiben von der Präsidentin vom Kammergericht mit einem Aktenzeichen drauf und da gibt es jetzt einen Nachschlag - Sorry meinte Nachtrag.

Denn so ein Schreiben der höchsten Dienstaufsicht dieses Bundeslandes würde ich doch tatsächlich als höchstes Blatt in diesem Spiel was hier so gespielt wird sehen - Oder wie seht ihr das so?

Nun wird Berlin denken, was passiert hier gerade, denn ich bin ganz sicher nicht der, der nur quatscht und fühle mich inzwischen wie das Kaninchen in einem Experiment vom Bundesland Berlin.

Ich schwöre euch, die anderen Bundesländer finden das hier alles ganz sicher auch nicht mehr witzig!

Darum sage ich mir...

Wenn der Rechtsstaat bei Kindern wegsieht – Der Weg nach Karlsruhe!

Manche mögen immer noch glauben, ich würde nur reden. Aber ich rede nicht nur – ich handle. Und was ich in den letzten Monaten mit der Berliner Justiz und den Ermittlungsbehörden erleben musste, zwingt mich nun zur nächsten, unausweichlichen Eskalationsstufe.

Es geht hier längst nicht mehr nur um mich oder meinen Namen. Es geht um das Wichtigste, was unsere Gesellschaft hat - UNSERE KINDER.

Und genau hier offenbart das Bundesland Berlin ein strukturelles Versagen, das fassungslos macht.

Fakt 1: Ignorierte Eilanträge am Familiengericht

Ich habe beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg mehrere, massiv begründete Eilanträge zum Schutz und zur Fürsorgepflicht von Minderjährigen gestellt.

Anträge nach § 49 FamFG sind gesetzlich absolute Eilsachen. Sie erfordern sofortiges Handeln. Die Realität? Absolute Stille. Keine Antworten, keine Beschlüsse.

Besonders brisant: Bei einem der Kinder drängt die Zeit massiv, da der 18. Geburtstag in naher Zukunft ansteht. Diese Tatsache, und die damit verbundene tickende Uhr, wird von der zuständigen Richterin Neuhauß und der Gerichtsleitung offenbar völlig ignoriert.

Wenn Eilanträge bei Kindeswohlgefährdung einfach ausgesessen werden, ist das keine Überlastung mehr – das ist in meinen Augen staatliche Arbeitsverweigerung.

Fakt 2: Wie Berlin mit hilfesuchenden Minderjährigen umgeht

Noch erschütternder ist der Fall einer Minderjährigen, die selbst den Mut aufbrachte, Anzeige wegen Kindeswohlgefährdung zu erstatten.

Wie reagiert der Rechtsstaat?

Einen ganzen Monat lang passierte nichts. Als die Minderjährige (und wir) den Druck erhöhten, kam es endlich zu einem Termin bei der Polizei. Doch statt einer kindgerechten, unterstützenden Zeugenvernehmung glich die Situation eher einer Einschüchterung und einem Verhör, als wäre das Kind die Straftäterin.

Und das bittere Ende? Die Staatsanwaltschaft Berlin hat dieses Verfahren nun – mehr als einen Monat später – einfach eingestellt. Die offizielle Begründung ist ein bürokratischer Schlag ins Gesicht: Die Anzeige wurde eingestellt, weil die Minderjährige ihre Aussage angeblich nicht selbst einreichte.

Auf der Anzeige stand die Telefonnummer des Kindes. Ein einziger Anruf der Staatsanwaltschaft hätte genügt. Aber der Wille zur Aufklärung war offensichtlich nicht vorhanden.

Die Konsequenzen:

Was dieses System hier gerade zerstört, kann niemand mit Geld aufwiegen. Es ist das fundamentale Vertrauen von Kindern und Jugendlichen in unsere Polizei, unsere Staatsanwaltschaft und unsere Gerichte. Ein tieferes Armutszeugnis kann sich ein Bundesland kaum ausstellen.

Meine nächsten Schritte:

Ich nehme dieses Wegsehen nicht länger hin!

Dienstaufsicht und Anzeige: Ich werde heute gegen die Präsidentin des Amtsgerichts, Frau Abel, wegen der strukturellen Untätigkeit ihres Hauses in Eilsachen eine formelle Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen und den Vorgang der Generalstaatsanwaltschaft zur Prüfung vorlegen.

Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige gegen Präsidentin Abel am Ende dieses Beitrags! Dürfen sich die betreffenden Behörden gerne bereits vorab kopieren und gilt aufgrund der Herkunft als digital signiert!

Aber ihr kennt mich ja nun auch schon und wisst, kommt auch noch per Fax, Mail, einschreiben und ja vielleicht auch mal wieder eine Nette Mail für den Runden Tisch. Könnte ja sein das dann jemand vom Abgeordneten Haus Berlin sagt - Verdammte Scheiße mussten wir da unbedingt auf den Nachschlag - Sorry meinte natürlich wieder Nachtrag warten. Ist doch eine nette Idee um mal wieder den Rest der Woche zu versauen, oder?

Ich denke Berlin sollte begreifen, eine höhere Eskalation wie diese, gibt es nicht mehr und etwas vergleichbares gab es auch wirklich noch nie! Ich glaube andere Bundesländer wären vor Scharm von der Deutschlandkarte freiwillig verschwunden!

Wer bei Kindeswohlgefährdung die Aufsicht hat und nicht eingreift, trägt Mitverantwortung.

Bundesverfassungsgericht: Da der Rechtsweg in Berlin in diesen existenziellen Fragen faktisch blockiert ist, bereite ich eine erneute Verfassungsbeschwerde vor.

Der Fokus wird diesmal glasklar auf der staatlichen Schutzpflichtverletzung gegenüber Minderjährigen liegen.

Ich bin überzeugt: Karlsruhe wird sich sehr genau ansehen müssen, wie Berlin hier systematisch den Schutz von Kindern ignoriert.

Schadensersatz: Wie bereits angekündigt, werde ich den Streitwert in der anstehenden Amtshaftungsklage über meinen Notanwalt eskalieren. Der seelische Schaden, der hier angerichtet wird, muss Konsequenzen haben.

Sie spielen hier ein Spiel auf dem Rücken von Kindern. Aber sie haben sich den falschen Gegner ausgesucht. Wenn Berlin nicht handeln will, dann brauchen wir eben eine rechtsstaatliche Ordnungsschelle aus Karlsruhe.

Mein Schreiben heute an die Dienstaufsicht vom AG Kreuzberg der Präsidentin Abel:

An die

Präsidentin des Kammergerichts

Dezernat III

z.H. Frau Herrfurth / Herrn Dr. Pape

Elßholzstraße 30-33

10781 Berlin

Vorab per Fax: 030 / 9015-2200

Ihr Geschäftszeichen: KG N 3133 E-46-53/2026

Betreff: Eskalation der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Präsidentin des AG Kreuzberg (Frau Abel) wegen fortgesetzter Untätigkeit trotz Ihrer Zuweisung

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Pape,

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 05.02.2026 unter dem obigen Geschäftszeichen.

Darin teilten Sie mir mit, dass Sie meine Eingabe betreffend Richterin Neuhauß zuständigkeitshalber an die Präsidentin des Amtsgerichts Kreuzberg (Frau Abel) "zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um weitere Veranlassung" weitergeleitet haben.

Sentinel-Portal Share-PDF

Ich muss Ihnen hiermit offiziell mitteilen: Die Präsidentin des Amtsgerichts Kreuzberg verweigert jegliche Veranlassung und ignoriert sowohl Ihre Zuweisung als auch die absolute Eilbedürftigkeit der vorliegenden Kindeswohlgefährdungen.

Zum aktuellen Sachstand (Eskalation):

Trotz Ihrer Weiterleitung an Frau Abel hat das Amtsgericht Kreuzberg (Abt. 164) bis heute keinerlei Maßnahmen ergriffen, um das massive rechtsstaatliche Versagen zu stoppen.

Viel gravierender ist jedoch:

Am 16.02.2026 habe ich Frau Präsidentin Abel persönlich eine förmliche Verzögerungsrüge (§ 198 GVG) sowie eine Untätigkeitsbeschwerde übermittelt. Darin legte ich dar, dass akute Eilanträge (§ 49 FamFG) zum Schutz meiner minderjährigen Tochter (Vermögenssorge, Verlust von Unterhaltsvorschuss) schlichtweg nicht bearbeitet werden.

Ich legte Frau Abel ein ärztliches Attest (Diagnose F43.0 G) vor, welches beweist, dass diese andauernde Justizwillkür bei mir zu einer akuten Gesundheitsgefahr geführt hat.

Ich setzte Frau Abel im Rahmen ihrer Dienstaufsicht eine Frist bis zum 23.02.2026 (12:00 Uhr), um die gerichtliche Blockade zu beenden und eine "weitere Veranlassung" in dieser Eilsache zu prüfen.

Das Ergebnis:

Die Frist verstrich erneut völlig kommentarlos. Frau Abel ignoriert nicht nur die Not von Bürgern und förmliche Eilanträge zu Kindern, sondern offensichtlich auch die Bitten ihres eigenen Vorgesetzten-Gerichts um "weitere Veranlassung".

Ein Amtsgericht, in dem Eilanträge bei Kindeswohlgefährdung über Monate liegen bleiben und die Behördenleitung förmliche Verzögerungsrügen aussitzt, leidet an einem schweren strukturellen Organisationsverschulden.

Antrag:

Da Frau Abel ihrer Aufsichtspflicht gegenüber Richterin Neuhauß nachweislich nicht nachkommt und durch Unterlassen Justizunrecht deckt, fordere ich Sie als übergeordnete Instanz auf, nunmehr selbst aufsichtsrechtlich gegen Frau Abel einzuschreiten.

Ich bitte um kurze Eingangsbestätigung und Mitteilung, welche Schritte das Kammergericht nun gegen dieses systematische Organisationsversagen am Amtsgericht Kreuzberg unternimmt. Parallel wird dieser Vorgang nunmehr für eine Strafanzeige wegen Beihilfe zur Rechtsbeugung durch Unterlassen gegen Frau Abel aufbereitet.

Mit freundlichen Grüßen,

Christian Reimer

Anlagen:

Mein Schreiben an Präsidentin Abel vom 16.02.2026 (inkl. Fristsetzung)

Ärztliches Attest (F43.0 G)

Meine Anzeige an die Generalstaatsanwaltschaft gegen Präsidentin Abel:

An die

Generalstaatsanwaltschaft Berlin

Sentinel-Portal Share-PDF

Elßholzstraße 30-33

10781 Berlin

Vorab per Fax: 030 / 9015-2742

Betreff: Strafanzeige und Strafantrag

Gegen: Die Präsidentin des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg, Frau Abel, Hallesches Ufer 62, 10963 Berlin

Wegen: Verdacht auf Beihilfe zur Rechtsbeugung durch Unterlassen (§ 339 i.V.m. §§ 27, 13 StGB), Strafvereitelung im Amt (§ 258a StGB) sowie aller weiteren in Betracht kommenden Delikte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich formell Strafanzeige und stelle Strafantrag gegen die Präsidentin des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg, Frau Abel.

Die Beschuldigte deckt in ihrer Funktion als Behördenleiterin wissentlich und willentlich fortgesetzte Rechtsbeugung, Aktenmanipulation sowie die Unterdrückung von Eilverfahren (insbesondere bei akuter Kindeswohlgefährdung) durch Richterin Neuhauß (Abteilung 164 F).

1. Sachverhalt und Kenntnisstand der Beschuldigten

Die Beschuldigte wurde von mir mehrfach und umfassend (zuletzt durch ein detailliertes Dossier) darüber in Kenntnis gesetzt, dass in der Abteilung 164 F systematisch das Recht gebeugt wird.

Konkret geht es um:

Das bewusste Ignorieren von Eilanträgen (§ 49 FamFG) bei Kindeswohlgefährdung und Vermögensschädigung von Minderjährigen.

Die nachweisliche Manipulation von gerichtlichen Beschlussdaten (Zurückdatierung von Einstellungen, um rechtzeitigen Zugang zu fingieren).

Das Versenden von Scheidungs- und Gewaltschutzakten in zerrissenen, offenen Paketen sowie das Vertauschen von Kläger/Beklagten-Konstellationen.

Zudem wurde der Beschuldigten durch die Präsidentin des Kammergerichts (Az. KG N 3133 E-46-53/2026) am 05.02.2026 meine Beschwerde über diese Zustände offiziell "zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um weitere Veranlassung" weitergeleitet.

2. Die Tathandlung (Unterlassen trotz Garantenpflicht)

Am 16.02.2026 habe ich der Beschuldigten persönlich eine förmliche Verzögerungsrüge (§ 198 GVG) übermittelt, gepaart mit einem ärztlichen Attest (F43.0 G), welches die bei mir durch die Justizwillkür ausgelöste, akute Gesundheitsgefahr belegt. Ich setzte der Beschuldigten eine Frist bis zum 23.02.2026 um 12:00 Uhr, um im Rahmen ihrer Dienstaufsicht die Blockade der Eilanträge zum Schutz der Kinder zu beenden.

Diese Frist ließ die Beschuldigte fruchtlos verstreichen. Sie reagierte weder auf meine Rüge, noch kam sie der "Bitte um weitere Veranlassung" des Kammergerichts nach.

3. Rechtliche Würdigung

Frau Abel hat als Präsidentin des Amtsgerichts eine dienstliche Garantenstellung inne. Sie ist verpflichtet, offenkundiges Justizunrecht und strafbares Verhalten ihrer Untergebenen (Rechtsbeugung

Sentinel-Portal Share-PDF

durch Richterin Neuhauß) zu unterbinden, sobald sie davon positive Kenntnis erlangt.

Indem die Beschuldigte trotz detaillierter Beweisvorlage, trotz ärztlich attestierter Gesundheitsgefahr und sogar trotz Aufforderung durch das Kammergericht untätig bleibt, leistet sie der Rechtsbeugung Beihilfe. Sie ermöglicht durch ihr vorsätzliches Wegsehen, dass Richterin Neuhauß weiterhin Eilanträge bei Kindeswohlgefährdung unterdrückt und das Recht beugt. Durch dieses Deckungsverhalten erfüllt sie zudem den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt.

Ich beantrage die unverzügliche Einleitung von Ermittlungen und die Sicherstellung des behördeninternen Schriftverkehrs zwischen Frau Abel und Frau Neuhauß.

Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieser Strafanzeige unter Mitteilung des staatsanwaltlichen Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Reimer

Anlagen:

Mein Schreiben an Präsidentin Abel vom 16.02.2026 (inkl. Fristsetzung zum 23.02.2026)

Schreiben des Kammergerichts vom 05.02.2026 (Az. KG N 3133 E-46-53/2026)

Ärztliches Attest (Diagnose F43.0 G)

Hey wer jetzt noch sagt der Quatscht nur... Job an den Nagel und stricken lernen! Morgen gibts vielleicht schon das nächste Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft.

Das hängt von einer Staatsanwältin noch ab.

Nun wurde es von Berlin zu weit getrieben. Ich bin mir sicher, solche Dinger kannst du mir ganz vielen Vätern bringen. Die setzen sich dann abends in die Ecke und weinen verzweifelt und nehmen es hin.

Nicht mit mir Leute! Ich kann euch nur sagen, ich war und bin der falsche für diesen Scheiß! Mal Schauen wir Karlsruhe die Sache mit dem neuen Fokus plötzlich sieht!

Hat da irgendjemand mal mitgerechnet, was die Nummer dem Bundesland inzwischen kostet und wie viele damit inzwischen beschäftigt sind? Ist auch mal aufgefallen, dass dieses Chaos nicht weniger wird wenn alle wegsehen???

Dazu kann man nichts mehr sagen sondern nur den Kopf schütteln!

WIR SIND ONLINE

Wir bleiben online. Wir bleiben laut

Vorlesen: /legacy-media/video/Berlin_jetzt_kommt_die_Ordnungsschelle.mp4

Beitragsvideo: /legacy-media/video/Berlin_jetzt_kommt_die_Ordnungsschelle_btrg.mp4

Story: https://sentinel-portal.com/beitrag/berlin_jetzt_kommt_die_ordnungsschelle

AUTORIN / REDAKTION

Sentinel Redaktion - Journalist Reimer, Administrator, Gott, Batman (nach Priorität sortiert)



Am 03.09.2025 hatte ich die Wahl! Ich entschied mich Richterin Neuhauß vom Amtsgericht Kreuzberg anzuzeigen und die Dienstaufsicht einzuschalten.

Heute nach fast einem Jahr zeigt sich das erschreckende Bild erst deutlich und so wurde klar, die Dienstaufsicht Steckt mit der Richterin unter einer Decke!

Sie ziehen das Land ab und machen Betrug am Bürger, indem Sie kein Recht sprechen, sondern es vorsätzlich brechen!

Ich würde mich nie hinstellen und sowas behauten, wenn es nicht bewiesen wäre!

Dafür ist dieses Portal entstanden! Es zeigt die juristische Ausarbeitung der Gesamtsituation und meinen unerbitterten Kampf darum, mir mein Recht nicht nehmen zu lassen!

Alles dazu findet man auf diesem Portal mit Beweisen, nachweisbar gemacht!

Sieh dich um und bilde dir deine Meinung!

Website